

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.10 Mark, vierteljährlich 3.50 Mark, durch die Post 3.25 Mark, einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Für mangelnde eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Saale-Zeitung' gestattet. Gegenüber der Schriftleitung Nr. 1149, der Posten-Abteilung Nr. 1142, der Bezug-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

# Saale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

werden die 6erpaletten Kolonialzeile oder deren Raum mit 20 Hg. berechnet und in unsere Anzeigenspalten und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 M. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr, für die Sonntagsnummern abends 6 Uhr. Adressstellen von Anzeigenspalten, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint täglich zweimal Sonntag einmal Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Dr. Braunsstraße 17. Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 268.

Halle, Montag, den 11. Juni

1917.

## Erhöhte Feuertätigkeit in Flandern.

### Die Osterboschaft und der Liberalismus.

Der Krieg hat revolutionierend auf das Denken und Empfinden der ganzen Menschheit gewirkt. Während er bei uns in England ein Geheimkomitee der Minister über alle individuellen Freiheiten des Britenums hinwegjagte und den Dienstzwang nicht nur für das Heer und die Flotte einführte, sondern ihm im weitgehendsten Maßstabe auch für die Zivilbevölkerung festlegte, während im 'freien' Amerika Herr Wilson sich eine fast ungeschränkte Diktatur angeeignet hat und sich berechtigt glaubt, eine große Minderheit zu vergewaltigen und zu knebeln, hat sich bei den Mittelmächten eine Demotratifizierung vollzogen, die viel weiter geht, als man vor dem Kriege annehmen konnte.

Die Osterboschaft des Kaisers ist der stärkste, schlagkräftigste Beweis dafür, daß diese Demotratifizierung des Empfindens sich nicht auf die besiegte Masse und die Schichten des Mittelstandes beschränkt, sondern sich in jedem Stande und Range bis zum Thron hinauf geltend machen konnte. Wie stark die Bewegung geworden ist, hat sich bei dem Beschlusse der nationalen Parteitage in Fragebogen gezeigt, auf dem zwei Drittel der Delegierten sich für das gleiche Wahlrecht für Preußen ausgesprochen und damit den Standpunkt, den die Fortschrittliche Volkspartei von jeher eingenommen, zu dem ihren gemacht hat. Ob der am nächsten Sonntag in Berlin stattfindende Parteitag der Nationalliberalen Preußen den gleichen Beschluß fassen wird, müssen wir abwarten, sicher aber ist es, daß in der nationalliberalen Partei das gleiche Wahlrecht heute eine große Zahl von Anhängern gewonnen hat, während sich viele Parteimitglieder auf den Boden eines abgemäßigten Wahlrechts für Preußen stellen.

Samstag und Sonntag hat nun in Berlin auf dem ersten Preuentag die Fortschrittliche Volkspartei zu der Osterboschaft und den Zukunftsarbeiten in Preußen, die sich aus der angelegentlichsten Neuordnung ergeben, Stellung genommen. Ueber das gleiche Wahlrecht für den Landtag drückte dabei gar nicht mehr Bedenken zu werden. Die Forderung, das ist ja auch auf dem nationalliberalen Parteitag in Fragebogen ausdrücklich betont worden, ist ein alter liberaler Programm-punkt. Die Fortschrittliche Volkspartei hat davon festgehalten, und die Erfahrungen, die wir im Kriege mit dem Wahlrecht zum Reichstage gemacht haben, geben ihr darin recht. Solange es keinen sicheren Maßstab für das politische Verständnis eines Wählers gibt, bleibt eben das gleiche Wahlrecht die beste Möglichkeit für die Auslese der Tüchtigsten, die als Parteiführer die verschiedenen Anschauungen zur Geltung bringen.

Es wurde daher mit Recht das Hauptgewicht der Besprechung auf die Verwaltungsreform, die Ausgestaltung und Festsetzung der Selbstverwaltung, ihre Vertiefung von behördlicher Verwaltung, namentlich in den ländlichen Gemeinden und in den kleinen Städten liegt die Selbstverwaltung hat im Grunde nur auf dem Papier. Die Verquickung politischer und politischer Funktionen mit den Aufgaben der Selbstverwaltung in den Kreisen und Amtsbezirken, die es mit sich bringt, daß die Verwaltungsbeamten nicht aus freier Wahl der Bezirke und Kreise hervorgehen, die häßliche Verquickung in den Kreisrägen und Kreisassessoren und in den Selbstverwaltungsorganen der Regierungsbezirke und Provinzen nimmt jeder Verbesserung des Wahlrechts den größten Teil ihrer Wirkung, da sie keinen, aber mächtigen Anteressenspunkt eine ausschlaggebende Macht in der Verwaltung in die Hand gibt.

Diese Erwägungen führten zu der Forderung, daß auch die Verretungen der ländlichen Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke und Provinzen aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehen müssen. Auch das sind Forderungen, in denen es für die liberalen Parteien nicht schwer sein dürfte, eine gemeinsame Linie zu finden.

Für das Herrenhaus, das in seiner heutigen Gestalt ein Fremdkörper in dem organischen Aufbau einer sich auf die gesamten Volksteile stützenden Staatsverwaltung ist, konnte man sich nutzbringend nicht erwidern, und auch hier wird sich, da eine Abschaffung — wie sie von der Fortschrittlichen Partei grundsätzlich gefordert wird — zunächst nicht zu erreichen sein dürfte, Gelegenheit für das Zusammengehen liberaler Parteien ergeben, da ja auch die nationalliberale Partei die Reform des Herrenhauses fordert.

Die schwierigsten Probleme für den Liberalismus ergeben sich in der Frage des Kommunalwahlrechts und des Frauenwahlrechts, da hier die Anschauungen nicht einheitlich sind. Die Fortschrittliche Volkspartei hat mit der Annahme der vom Vorstände eingebrachten Entschließung innerhalb der Partei gemeinsame Gesichtspunkte festgelegt und darüber hinaus noch eine Prüfung weitergehender Forderungen in die Wege geleitet. Vielleicht rendiert auch in diesen Fragen die nationalliberale Partei ihre bisherigen

### Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 11. Juni.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zu Dünabahnfront bei Neuport und östlich von Ypern nahm gestern zeitweilig die Feuertätigkeit erheblich an Stärke zu.

Auch im Kampfgelände östlich von Wytfaete und Wejnnes richtete sich gegen Abend das Feuer. Nachts gingen nach heiligem Feuerüberfall englische Kompagnien gegen unsere Linien westlich von Hollebete und Wambete vor; sie wurden zu rückgeschlagen. Südlich der Douve scheiterten abends Angriffe der Engländer gegen die Tapferkeit westlich von Baretton.

Weiterjenseits des Kanals von La Bassée und auf dem südlichen Scarpe-Ufer unterband unser Vernichtungsgeschütz bei Festubert, Roos und Monchy die Durchsicherung für nordwestlicher englischer Angriffe. An der Straße La Bassée-Béthune, nordöstlich von Vermeles und bei Hulluch wurden feindliche Erkundungsfälle abgewiesen.

##### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Chemin des Dames brachen zu überraschendem Handstreich westlich von Cerny Stottrupps österreichischer und weißrussischer Regimenter in die französischen Gräben ein, machten die Besatzung, soweit sie nicht flüchtete, nieder und kehrten mit Gefangenen zurück.

Das hier einsetzende lebhafteste Feuer dehnte sich auch auf die Nachbarabteilungen aus, blieb sonst aber gering.

##### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Neues. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert.

##### Mazedonische Front.

Auf beiden Bardar-Flüssen und am Doiran-See erfolgte Gefechte bulgarischer Truppen.

##### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### Die notwendigen Rohstoffe gesichert.

Ganz vergebliche französische Hoffnungen auf Munitionsmangel in Deutschland.

WTB. Berlin, 10. Juni. Eine erst verpöbte hier bekannt gewordene Äußerung des Unterstaatssekretärs für Gladade D. Cochin in Frankreich zeigt deutlich das Bestreben, in Frankreich die Hoffnung zu erwecken, daß Deutschland wegen Munitionsmangels unterliegen müsse. Sie zeigt aber vor allen Dingen, wie falsch unsere Feinde über die deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse orientiert sind. Gewiß haben wir Chrom, Wolfram, Nickel und Kupfer nicht im Überfluß. Die französische Regierung will aber wahrscheinlich aus begrifflichen Gründen nicht einsehen, daß wir dank der feindlichen Blockade früher als unsere Feinde gelernt haben, sparsam zu wirtschaften, und daß infolge rechtzeitiger Einsparung und der eigenen Erzeugung die Vorräte durchaus genügend sind, um das Munitionsprogramm dauernd durchzuführen.

Von besonderer Unkenntnis der geologischen Verhältnisse Deutschlands zeugt aber die Äußerung des Herrn Cochin über unsere Schwefelversorgung. Er sagt, daß diese am schwerigsten wäre, da die Zufuhr von Schwefel aus Spanien vollkommen aufgehört habe und Norwegen infolge des Anlaufes des Schwefelgeschäftes durch England kaum nennenswerte Mengen an Deutschland liefern könne. Das Verfahren der Herstellung von Schwefel aus Gips sei veraltet, der technischen Ausführung ständen jedoch große Bedenken entgegen. Gleichzeitig mache sich der Mangel an Schwefelsäure in dem Fehlen von Superphosphat für die Landwirtschaft bemerkbar. Herr Cochin weiß an sich ein wenig nicht, welche beträchtliche Lager an Schwefel wir in Deutschland haben. Neben der reichlich vorhandenen Zinkblende, deren Gewinnung während des Krieges fast gänzlich eingestellt wurde, ist der ganze Bedarf an Schwefel decken. Außerdem sind die Verfahren zur Herstellung von Schwefel und Schwefelsäure aus Gips technisch erprobt und seit Monaten im Betrieb. Ein Mangel an Schwefel und Schwefelsäure besteht deshalb in Deutschland weder für die dauernd erheblich sich steigende Munitionserzeugung noch für die Herstellung von Superphosphat oder anderer Düngemittel. Im Gegenteil, es werden noch erhebliche Mengen Schwefelsäure an das neutrale Ausland abgegeben. Deutschland hat sich also auch auf diesem Gebiet vollkommen unabhängig von der Einfuhr aus dem Ausland gemacht.

Anschauungen, so daß sich auch dafür eine gemeinsame liberale Basis ergibt. Für das Kommunalwahlrecht wird die Reform des Landtagswahlrechts schließlich bestimmend sein. Für das Frauenwahlrecht aber wird vernünftig erst Übergänge zu schaffen laßen.

Bekannt darf dabei nicht werden, daß der Boden, auf dem die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts erzußt, das Persönlichkeitsrecht ist, wonach ein jeder Entscheidung nur dann als gültig und rechtsverbindlich für sich anzuerkennen braucht, wenn er Gelegenheit hat, daran mitzuwirken. Mit dem allgemeinen und gleichen Persönlichkeitsrecht wird ferner erreicht, jede Kraft der politischen Entwicklung des Staates nutzbar zu machen. Diese Gesichtspunkte werden schließlich auch die Stellung des Liberalismus zur Frage des Frauenwahlrechts bestimmen. D.

### Preuentag der Fortschrittlichen Volkspartei.

Ein Preuentag der Fortschrittlichen Volkspartei ist am Sonnabend abend unter reichlicher Beteiligung im Restaurant Rheinweg zu Berlin zusammengetreten. Als Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses eröffnete Reichstagsabg. Dr. Wiemer den Preuentag mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen fruchtbar, vom Geiste der Einigkeit getragen und der Partei und dem Vaterland förderlich sein werden. Auf Vorschlag des Abg. Dr. Wiemer wird zum Vorsitzenden des Preuentages der Disziplinäre des Reichstages Geheimrat Dove gewählt und zu seinen Stellvertretern der Vorsitzende der Berliner Parteioffiziation Reichstagsabg. Köpff und der stellvertretende Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion Justizrat Lippmann. Als Schriftführer werden gewählt Landtagsabg. Kanitz und Landtagsabg. Herrmann und Expedientiar Diebelung.

Der Vorsitzende Abg. Dove gibt in seiner Begrüßungsansprache der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Krieg eine große Umwälzung nach links und eine Demotratifizierung des gesamten Staatslebens herbeiführen wird.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte erhält das Wort der Reichstagsabg. Dr. Wiemer zu einem Referat über 'Herbstschafft und Verfassung'.

Der Preuentag ist einberufen zur Stellungnahme der preussischen Organisationen der Partei zu den durch die Osterboschaft aufgeworfenen Fragen, zur Klärung etwaiger Meinungsverschiedenheiten und zur Vorbereitung der kommenden gesetzgeberischen Arbeit. Diese Stellungnahme ist um so notwendig, als die Osterboschaft keinen entsprechenden Widerhall in den Parlamenten gefunden hat. Wir begrüßen die Vorstich mit Genugtuung. Sie enthält Gedanken und Forderungen, für die wir seit Jahrzehnten gekämpft haben. Die Willensstimmung des Trägers der Krone legt die Richtung der Entwidlung unabhängig von den jeweiligen Ministern fest. Ein Zurück gibt es nicht. Der Wunsch einer solchen im Kriege gegebenen feierlichen Zusage würde verhängnisvoll sein. (Sehr richtig!) Wir billigen die Grundätze. Wir verlangen mehr. Es ist befremdlich, daß selbst im Kriege bei der Besetzung der Kreuze mit der Durchführung der Gleichberechtigung nicht Ernst gemacht wird. (Sehr wahr!) Das Staatswohl verlangt einen verstärkten Einfluß der Volksvertretung. Wir bekennen uns zu dem Gedanken der parlamentarischen Regierungsform, (Lebhaftes Zustimmung.) Die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Volkes kann nur gesichert werden, wenn allen Volksgenossen die Möglichkeit eröffnet wird, sich an der Gesetzgebung wirksam zu beteiligen, wenn die Gewähr geschaffen wird, daß der Wille des Volkes auch in den Handlungen der verantwortlichen Regierungsstellen zum Ausdruck kommt. (Bravo!)

Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses zu diesen Fragen bedeuten einen Schritt vorwärts. Aber mit Paragrafen ist wenig getan. (Sehr richtig!) Die Hauptsache ist die Schaffung der parteipolitischen Voraussetzungen für ein parlamentarisches System, das besser als das bürokratische den Volkswillen zur Geltung bringt. Eine Verknüpfung der für eine Reformarbeit in Frage kommenden Parteien, insbesondere für die Neuwahlen zum Reichstag und Landtag, muss herbeigeführt werden. (Sehr richtig!) Im Anschluß daran kann ein Komitee neben die Verhandlungen des Verfassungsausschusses über die Neueinstellung der Wahlkreise und die über Einführung der Verhältniswahl. Er erörtert sodann die Frage, ob die innerpolitische Neuordnung jetzt oder nach dem Kriege durchgeführt werden soll. Gewiß hat das deutsche Volk den unerhörtesten Willen, für den siegreichen Entkampf das Letzte einzusetzen, aber es muß fordern, daß das, was an Reformen heute schon möglich ist, unverzüglich durchgeführt wird und daß insbesondere bessere Grundlagen für die Neuwahlen geschaffen werden, zumal die Fülle der Aufgaben, die nach Friedensschluß zu lösen sein werden, kaum genügend Zeit und Sammlung für diese Reformarbeit

